

Im Namen Allahs des Erbarmungsvollen des Barmherzigen

Antwort auf eine Frage

Der Militärputsch im Sudan gegen die zivile Übergangsregierung

Frage:

Am 25.10.2021 erwachte die Bevölkerung des Sudan durch massive Aktivitäten der Armee, die neben einer Anzahl von Mitgliedern der zivilen Übergangsregierung einige Minister und schließlich auch den Premierminister Hamdok selbst festnahm. Burhan hielt daraufhin eine Fernsehansprache, in der er den Ausnahmezustand ausrief und die Auflösung des Parlaments und des Ministerrates verkündete. Zudem setzte er die Provinzgouverneure und die Staatssekretäre ab und verlangte von den Generaldirektoren, die Ministerien zu verwalten. Er teilte mit, dass das Verfassungsdokument nicht außer Kraft gesetzt sei, strich jedoch zentrale Artikel daraus, wie seiner Ansprache zu entnehmen war. Er wolle den Kurs der Revolution korrigieren, sie jedoch nicht rückgängig machen! Das alles soll unerwartet passiert sein, ohne dass die zivile Seite der Regierung etwas mitbekommen hätte. Wie kann das sein? Wird das Tauziehen im Sudan noch Jahre weitergehen, während die Menschen Leid und Elend ertragen müssen? Ich danke dir.

Antwort:

Bruder, ich fange mit der letzten Frage an. Die Aussage, dass es „unerwartet“ geschehen sei, ist nicht zutreffend. Wer die Angelegenheit seit Beginn der Machtteilung zwischen den Militärs und den Zivilisten verfolgt, erkennt, dass diese Partnerschaft nicht von Dauer sein würde. Denn beide Parteien folgen zwei unterschiedlichen Seiten. Hinter Burhan, Hemedti und ihren Mitstreitern stehen die USA, während hinter Hamdok und seinen Leuten die Europäer, vor allem die Briten stehen. Burhan und Hamdok agieren jeweils für die Interessen der Seite, der sie folgen. Und diese Interessen sind weit entfernt von denen des Volkes. Denn die Wahrnehmung der Interessen der Menschen, wie sie der Islam verlangt, hat bei beiden keinen Platz! Dies von einer Seite. Von der anderen Seite kann eine Regierung nur einen Kopf an der Spitze haben und nicht zwei Köpfe, die dazu noch auf zwei entgegengesetzten Seiten stehen! Wir hatten bereits zu Beginn, d. h. zu Beginn der Einigung auf eine Machtteilung zwischen Militärs und Zivilisten, nämlich am 23.09.2019, eine Frage/Antwort veröffentlicht. Dort heißt es:

Dass allerdings zwischen den USA und Großbritannien Ruhe einkehren wird, ist nicht zu erwarten. Deren Interessen gehen weit auseinander und ihre jeweiligen lokalen Handlanger sind treue Gefolgsleute. Daher wird jede der beiden Parteien daran arbeiten, die Aktivitäten der jeweils anderen Seite zu torpedieren! Verfolgt man die aktuellen Ereignisse, studiert die Zusammenhänge eingehend und analysiert

die Aussagen lokaler und internationaler Akteure, insbesondere die der amerikanischen und europäischen Verantwortlichen, ist es möglich, die Mittel festzumachen, derer sich beide Seiten voraussichtlich bedienen werden, um den jeweiligen Rivalen in die Enge zu treiben, zu bezwingen und schließlich aus der Herrschaft zu verbannen.

Und so, wie wir es dargelegt hatten, ist es gekommen. Um die Chronologie der Ereignisse zu verdeutlichen, legen wir folgende Punkte dar:

Erstens: Die Situation und der Konflikt im Sudan.

1. Der Sudan ist ein islamisch tief verwurzeltes Land. Doch beherrschen ihn die USA mithilfe ihres internationalen Einflusses, ihrer regionalen Instrumente und – was noch wichtiger ist- mithilfe ihrer lokalen Vasallen. Während das herrschende Regime im Sudan auf billige Weise der amerikanischen Politik dient, leiden die Menschen an Unterdrückung, Hunger, Entbehrung und Arbeitslosigkeit. Wann immer sich die Bevölkerung, die nach einer Veränderung und nach dem Islam strebt, zu einem Aufstand oder zu einer Revolution erhebt, stellen ihr diese Herrscher Hindernisse, Barrikaden und Schranken in den Weg, um sie daran zu hindern, ihre Ziele zu erreichen, die ja die Ziele aller Sudanesen sowie der gesamten islamischen Umma sind. Und nun lenkten sie den Konflikt vom Kampf einer Umma gegen ihre Herrscher, die nichts anderes sind als Marionetten, hin zu einer Auseinandersetzung zwischen den Vasallen der USA, dem relativ neuen Hegemon im Sudan, und den Vasallen Großbritanniens, dem alten Hegemon, der dort seit der Kolonialisierung des Sudan Einfluss hat. Mit dieser Umlenkung der Auseinandersetzung stellen die Vasallen Amerikas sicher, dass die Umma im Sudan von der eigentlichen Auseinandersetzung zwischen dem Islam und den Vasallen der ungläubigen Staaten ferngehalten wird.

2. Nun unterstehen die Vasallen Amerikas (der Militärrat) zusammen mit den Vasallen Großbritanniens und Europas (die Führer der Kräfte für Freiheit und Wandel, die Gewerkschaften sowie die proeuropäischen Parteien und die bewaffneten Gruppen) der sogenannten „Verfassungserklärung“. Dieses Dokument wurde zwischen den beiden Seiten am 21. August 2019 geschlossen. Vorgesehen war, dass die Militärs den Vorsitz des Souveränen Rates für 21 Monate übernehmen, bevor er den Zivilisten für einen Zeitraum von 18 Monaten übertragen wird, was im letzten Mai fällig gewesen wäre, d. h. insgesamt 39 Monate. Doch nach dem Abkommen von Juba vom 03.10.2020 wurde das Dokument modifiziert und die Übergangszeit auf 53 Monate verlängert, womit die Zivilisten erst im November übernehmen hätten sollen. Dadurch wird klar, dass das Abkommen, das 2019 zwischen den Zivilisten - bestehend aus den *Kräften für Freiheit und Wandel* (FFC) - und dem Militärrat geschlossen wurde, **eine Falle war, die dem FFC vom Militärrat – respektive von den USA – gestellt wurde. Das gelang ihnen, indem in der ersten Regierungsphase die Militärs die Leitung des Souveränen Rates übernehmen sollten und erst in der zweiten die Zivilisten. So wurde dem FFC suggeriert, dass**

ihm der Vorsitz dieses Rates noch übergeben werde, d. h., dass sie den Sudan nach Ablauf der ersten 21 Monate regieren würden. Wäre es soweit gekommen, hätten die Vasallen Großbritanniens und Europas weitreichende Modifizierungen vornehmen können, die sich auch auf die Armeeführung und die Finanzierung des Militärs erstreckt hätten, und zwar auf eine Weise, die eine Bedrohung für den US-Einfluss im Sudan bedeutet hätte. Und das würden die USA niemals zulassen.

3. Was die Briten angeht, so positionieren sie sich ganz offen auf Seiten ihrer Vasallen: *Großbritannien hat am Mittwoch seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auf Initiative des Premierministers Abdullah Hamdok bei der Lösung der politischen Krise im Sudan zu helfen. (...) Hamdok traf sich am Freitag in Khartum mit der britischen Staatsministerin für Afrika-Angelegenheiten, Vicky Ford. Ebenfalls anwesend waren der britische Sondergesandte für den Sudan, Robert Fairweather, und der britische Botschafter in Khartum, Giles Leifer. Ford sagte die Unterstützung ihres Landes für den Übergangsprozess zu und drückte ihre Besorgnis über die aktuelle politische Krise aus. Sie fügte hinzu, dass London auch über die Versorgungskrise infolge der Schließung der Nationalstraße im Ostsudan beunruhigt sei.“ (...) Ford betonte, dass die britische Regierung den Wunsch habe „im Rahmen der vom sudanesischen Premierminister angekündigten Roadmap mit der sudanesischen Regierung zusammenzuarbeiten, um dieses Problem im Kontext der Bewältigung der politischen Krise im Land zu lösen.“ (Anadolu, 21.10.2021)* Auch europäische Gesandte strömten weiter nach Khartum, um Hamdoks Regierung zu unterstützen und ein Ende der erstickenden Blockade im Ostsudan zu fordern, die die Bevölkerung aufgrund von Nahrungsmittel- und Treibstoffknappheit und wegen der hohen Preise gegen die Regierung aufzuhetzen drohte.

4. Das ist der allgemeine Rahmen, in dem sich die Ereignisse im Sudan abspielten. Daran erkennt man, wie sehr die Situation von Zwietracht und Auseinandersetzung geprägt ist und vom Trachten danach, dem Gegner eine Falle zu stellen. Ein Zustand, der von den Vasallen Amerikas gegen die Vasallen Großbritanniens und Europas initiiert wurde. All das diente der vorbereitenden Weichenstellung, um die zivile europäische Komponente von der politischen Bühne im Sudan zu verbannen, sodass allein die militärische und damit proamerikanische Komponente die Macht im Sudan innehat. Zu den Aktionen, die den Weg dafür ebneten sollten, gehörten Folgende:

a) Der fehlgeschlagene Militärputsch

Der sudanesischer Verteidigungsminister Generalleutnant Yasin Ibrahim teilte am 21.09.2021 mit, dass ein Putschversuch unter der Führung von Generalmajor Abdul-Baqi al-Hassan Othman Bakrawi zusammen mit 22 weiteren Offizieren unterschiedlichen Ranges sowie Unteroffizieren und Soldaten, vereitelt wurde. Betrachtet man den Putschversuch genauer, lässt sich erkennen, dass es eine Inszenierung war. Denn die Aktivitäten sudanesischer Militäreinheiten in Khartum, deren Loyalität der Armeeführung (Burhan und Hemedti) gilt, erweckten nicht den Eindruck, als hätte die Militärspitze eine Gefahr gewittert. Zum anderen deuten

sowohl der Werdegang des Anführers dieses Umsturzversuches als auch sein Aufenthalt in Kairo darauf hin, dass die Armeeführung über das, was geschehen wird (den Putschversuch), bereits im Bilde war. So begleitete der Anführer des Putschversuchs im Zuge seines Militärdienstes al-Burhan bei der Operation von Bahr al-Jabal. Auch begleitete er Shams al-Din Kabashi bei den Operationen in West-Darfur. (Arabi 21, 22.09.2021) Und diese beiden Männer bilden die Spitze der Militärführung in der sudanesischen Armee sowie im Souveränen Rat. Im Jahr 2016 wurde Bakrawi zum Generalmajor befördert, also noch in der Ära des damaligen Präsidenten Bashir. 2018 wurde er von der Führung nach Khartum versetzt, was auf das große Vertrauen zwischen ihm und der Armeeführung hindeutet. Und genau diese Militärführung um Bashir bildet den heutigen Souveränen Rat, was bedeutet, dass dieser Mann, Bakrawi, den Top-Vasallen der USA nahestand und deren Vertrauen genoss. Die Vorstellung, dass sein Putschversuch echt war, ist also fehl am Platz. Vielmehr war es eine arrangierte Sache zwischen Bakrawi und der Militärschuppe mit dem Zweck, die Herrschaftsangelegenheit zu regeln, bevor die vermeintliche Übergabe der Macht an die Zivilisten erfolgt. Daran ändert auch nichts, dass dieser Mann seine Disharmonie mit den Rapid Forces kundzutun pflegte und ihm 2020 vorgeworfen wurde, den Führer dieser Einheit, Hemedti, beleidigt zu haben. Darüber hinaus war der Mann nach Kairo gereist, um sich einem chirurgischen Eingriff zu unterziehen, bei dem ihm ein Teil seines Beins amputiert wurde, wobei er fünf Tage vor dem angeblichen Putsch in die Hauptstadt Khartum zurückkehrte!

b) Die Unruhen im Ostsudan

Um die Atmosphäre gegen die Hamdok-Regierung, also gegen den zivilen Teil des Souveränitätsrates, anzuheizen, startete man am 17.09.2021 im Ostsudan mit Protesten, deren Ausgangsort der Hafen von Port Sudan war. Rasch breiteten sie sich aus, bis der gesamte Ostsudan samt den Häfen, der Öl-Pipelines und der „Nationalstraße“, die in die Hauptstadt Khartum führt, abgeriegelt wurde. Auch der Lastwagenverkehr kam zum Erliegen. Dabei leuchtete der Name des Hohen Rates von Nazarat Beja und der unabhängigen Abkündfte unter der Führung von Muhammad al-Amin Tirik auf, der seine harten, unerfüllbaren Bedingungen gegenüber der Hamdok-Regierung aufzustellen begann, damit er „die Blockade Khartums und des restlichen Sudan“ aufhebt.

Indizien dafür, dass diese weitreichende Blockade inszeniert war, sind zum einen die Tatsache, dass die Blockade am 17.09.2021 begann, und zwar aus Protest gegen das Juba-Abkommen, da es die Rechte des Ostsudan einschränke. Die Vereinbarung wurde mit bewaffneten Gruppierungen geschlossen, von denen ein Teil für die Rechte dieser Region kämpfte. Allerdings wurde das Abkommen im Oktober 2020 unterzeichnet, also schon vor ca. einem Jahr. Damals kam es jedoch nicht zu Protesten mit solch verheerenden Ausmaßen. Aufgrund der Tatsache, dass die Proteste zeitlich nicht mit der Unterzeichnung des Abkommens zusammenfallen,

muss es sich um eine Inszenierung handeln. Und dass es die militärische Seite war, die hinter den Protesten steckte, ist der Äußerung al-Burhans selbst zu entnehmen, der sie als „politisch“ umschrieb. So sagte er: *Dass der Osten abgeriegelt wird (...) ist eine politische Angelegenheit. Sie muss politisch angegangen werden.* (Independent Arabia, 30.09.2021) Das bedeutet, dass sich das Militär seiner Verantwortung bei der Lösung dieser Krise entzieht, obwohl sie einen sicherheitsrelevanten Charakter hat und das Leben fast des gesamten sudanesischen Volkes betrifft.

c) Die Forderung nach Auflösung der Regierung und Aussetzung der Sitzungen des Souveränen Rates.

Das Klima wurde – forciert von den Militärs - weiter angeheizt und die Forderungen nach Auflösung der Regierung wurden immer lauter. Und sie kamen nicht mehr vonseiten politischer Kräfte und Demonstranten, sondern vom militärischen Lager des Souveränen Rates selber. Nachdem nämlich die Mechanismen für die Partnerschaft zwischen den Zivilisten und den Militärs nach dem Putschversuch eingefroren wurden, attackierte das Lager der Militärs sein ziviles Pendant: *Der Fernsehsender al-Sharq berichtete, dass al-Burhan in einer Rede vor Soldaten im Militärbezirk Khartum-Bahari sagte, jede politische Lösung für die aktuelle Lage im Sudan müsse zunächst mit der Auflösung der derzeitigen Regierung beginnen. „Es gibt keine Lösung für die aktuelle Lage, außer durch die Auflösung der derzeitigen Regierung und die Ausweitung der Basis der politischen Parteien in der Übergangsregierung“, fügte Burhan hinzu.* (Al-Sharq al-Awsat, 12.10.2021) Doch laut dem Nachrichtenportal „Sudan Tribune“ *wies der sudanesischer Premierminister Abdullah Hamdok die Forderung des Vorsitzenden des Souveränen Rates Abdulfattah al-Burhan und seines Stellvertreters Muhammad Hamdan Daglo, „Hemedti“, die derzeitige Regierung aufzulösen und durch eine neue Regierung zu ersetzen, zurück. Zwei Quellen aus dem Ministerrat betonten, dass sich die Krise zwischen den zivilen und den militärischen Mitgliedern wieder am Anfangspunkt der Differenzen befinde. „Sudan Tribune“ berichtete unter Berufung auf mehrere Quellen, dass der Leiter des Souveränen Rates und sein Stellvertreter während der gestrigen Sitzung, in der sich die drei Verantwortlichen trafen, um die politische Krise im Land zu diskutieren, den Austausch der Regierung forderten. Des Weiteren forderte Burhan, die Aktivitäten des Ausschusses für den Abbau des entmachteten Regimes, das lokal als „Empowerment Removal Committee“ bekannt ist, einzustellen.* (Aljazeera.net, 15.10.2021) Auch Hamdok *bezeichnete die derzeitige Krise, die das Land durchlebt, als die gefährlichste Krise, mit der die Übergangsregierung nach der Entmachtung des vorherigen Regimes konfrontiert ist. Er forderte alle Parteien zur Einheit auf, damit das Land nicht im Chaos versinkt.* (BBC, 18.10.2021)

Die Ereignisse, die seit zwei Monaten zunehmend eskalieren, haben deutlich gemacht, dass die Übergangsphase vom Lager der Militärs, welches von Burhan und seinem Stellvertreter Daglo (Hemedti) angeführt wird, ins Ungewisse getrieben wird. *Hemedti betonte in einer Erklärung: „Die Übergabe der Vorsitze des Souveränen*

Rates an die Zivilisten ist zu verfrüht und steht momentan nicht auf der Agenda.“ Er ergänzte: „Das, was jetzt passiert, so darzustellen, als läge es an der bevorstehenden Übergabe des Rates an die Zivilisten, ist eine Lüge, und das gehört sich nicht. (Arabi 21, 10.08.2021)

Zweitens: Die Spaltung der FFC

Was die Hamdok-Regierung beunruhigt, ist der Umstand, dass die FFC, die Hamdok überhaupt erst zum Premierminister machten, sich zu spalten begann und sich zwei Fraktionen aus ihr herausbildeten. Zum einen ist es die „Gruppe der Nationalen Charta“, die das Problem mittlerweile in der Regierung Hamdoks verortet: *Ein Führer der Kräfte für Freiheit und Wandel aus der Fraktion der Nationalen Charta – Mini Arqua Minnawi, sagte, die wahre Krise im Sudan liege innerhalb der Allianz für Freiheit und Wandel. (Aljazeera.net, 20.10.2021)* Eine weitere Fraktion wurde als *Zentraler Rat der Kräfte für Freiheit und Wandel* bekannt, die die Kongresspartei, die Nationale Umma-Partei, die Vereinigte Sammelpartei und die Baath-Partei vertritt. Während die erste Fraktion vor dem Ministerrat öffentlich mit einer Sitzblockade protestierte, um die Auflösung der Regierung und den Rücktritt Hamdoks zu fordern und dabei an die Proteste von 2019 gegen das Bashir-Regime erinnerte, hat die zweite Fraktion Demonstrationen organisiert, um die Übergabe der Macht gemäß des Verfassungsdokuments an die Zivilisten zu fordern.

Bleibt noch eine Frage, und zwar, ob einige Vasallen der Briten und Europäer womöglich die Loyalitäten gewechselt haben. Hier geht es konkret um Jibril Ibrahim, Führer der *Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichstellung* (JEM) und derzeitiger Finanzminister in der Hamdok-Regierung sowie Mini Arqua Minnawi, Gouverneur der Region Darfour. Bei Betrachtung dieser Frage wird Folgendes deutlich:

1. Finanzminister Jibril Ibrahim genoss das Vertrauen des Großbritannien-Vasallen Abdullah Hamdok, der ihn nach der Neubildung seiner Regierung am 08.02.2021 zum Finanzminister ernannte. Davor, genauer Mitte 2019, hatte sich während der Krise um seine Abschiebung aus Äthiopien am 21.07.2019 die Botschaft Katars für ihn eingesetzt. Vorher war er an der Seite seines Bruders Khalil, der von der sudanesischen Armee bei einem Luftangriff getötet wurde. Jibril Ibrahim war einer der Gründer der *Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit* (JEM) in Darfur und ein Gegner des Führers der Janjaweed-Miliz, aus der später die Rapid Support Forces (Hemedti) hervorgingen. Um dem Regime einen Schlag zu versetzen, bedienten sich die Briten und Europäer der Gegner des Bashir-Regimes in Darfur. Sie stellten Kontakt zu ihnen her und bauten Beziehungen zu ihnen auf. Schon vorher hatte Jibril Ibrahim Verbindungen zum Tschad und zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, also zu Kreisen des britischen und europäischen Einflussgebietes. Dass diese Person ihre tief verankerten Beziehungen zu den Männern Großbritanniens und Europas abbricht und zur Gegenseite wechselt, d. h. zur Seite der Amerika-Vasallen, ist unwahrscheinlich.

2. Mina Arqua Minnawi gehörte zu den Warlords in Darfur, die zwei Jahrzehnte lang gegen das Bashir-Regime kämpften, bevor er seine Waffen niederlegte und einen Waffenstillstand mit der Regierung schloss, um dann gemäß dem Abkommen von Abuja Assistent von Omar al-Bashir zu werden. Zudem genoss er noch bis vor Kurzem das Vertrauen des derzeitigen Premierministers Hamdok, der ihn im vergangenen Mai nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Juba zum Gouverneur der Region Darfur ernannte. Darüber hinaus ist er schon aufgrund seiner Stammeszugehörigkeit mit dem Vasallen der USA, dem Vize-Chef des Souveränen Rates (Hemedti), historisch verfeindet.

3. Somit überwiegt die Wahrscheinlichkeit, dass diese beiden Männer durch britische List in das Lager der Amerika-Vasallen getrieben und vom Lager der Großbritannien- und Europa-Vasallen entfernt wurden. Denn, falls es Burhan gelingen sollte, Hamdok und seine Leute aus der Regierung zu verbannen und ein neues Regime zu bilden, hätten die Briten zwei ihrer Männer bei Burhan eingeschleust und somit trotzdem einen Anteil an der neuen Regierung - dies gemäß der typisch hinterlistigen und perfiden Art der Briten.

Drittens: Dass es zu dieser Lage im Sudan kam und dass diese üblen Pfade beschritten wurden, haben die Amerika-Vasallen verursacht ebenso wie die Vasallen Großbritanniens und Europas, die ähnliche Versuche unternommen haben. Und all diese Machenschaften gehen mit Blutvergießen, Unterdrückung, Hunger und Krisen einher. Daher müssen sich die Geschwister im Sudan ihrer Situation bewusst werden und diesen gescheiterten Herrschern den Rücken kehren, und zwar sowohl den Vasallen Amerikas, als auch denen der Briten und Europäer, welche das Blut und die Geschicke des sudanesischen Volkes in den Dienst dieser ungläubigen Staaten gestellt haben. Die Menschen müssen sich klar positionieren und geschlossen diesen Vasallen entgegentreten, ohne Unterschied zwischen der einen oder der anderen Fraktion. Sie müssen am festen Seil ihres Herrn festhalten, sich gegen diese Leute erheben, sie entmachten und das System errichten, das ihren Herrn zufriedenstellt. Und das ist der islamische Staat, das Kalifat nach dem Plan der Prophetenschaft. Das Volk des Sudan ist zu all dem Guten, das ihre Reihen eint, ihr Blut wahrt und den Einfluss der Ungläubigen aus ihrem Lande verbannt, gewiss imstande.

﴿وَيَوْمَئِذٍ يُفْرِحُ الْمُؤْمِنُونَ * بِنَصْرِ اللَّهِ يَنْصُرُ مَنْ يَشَاءُ وَهُوَ الْعَزِيزُ الرَّحِيمُ﴾

An jenem Tage werden die Gläubigen sich freuen, über den Sieg Allahs. Er schenkt den Sieg, wem Er will. Und Er ist der Allmächtige und Barmherzige. (30:4-5)

18. Rabī' al-Auwal 1443 n. H.

25. Oktober 2021 n. Chr.